



Sozialkonferenz der Arbeiterwohlfahrt

## Pflege braucht Gemeinschaft

Unter dem Motto „Pflege von morgen braucht eine starke Gemeinschaft“ lud die Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Dezember vergangenen Jahres ins Umweltforum Berlin ein. Auch ein Vertreter des SoVD nahm an der Konferenz teil.

Nach der Begrüßung durch den AWO-Präsidiumsvorsitzenden Wilhelm Schmidt führte AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Döcker ins Thema ein. Sie stellte den Reformbedarf der Pflegeversicherung aus Sicht der AWO dar. Döcker bedauerte die Skandalberichterstattung über Pflegemängel, kritisierte die bisher bekannten Eckpunkte der Bundesregierung zur Reform der Pflegeversicherung und sprach sich für eine Pflege-Bürgerversicherung aus. In ihren Forderungen zur Pflegeversicherung stimmte sie weitgehend mit den Positionen des SoVD überein.

Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske referierte mit dem Schwerpunkt Personal in der Pflege. Er analysierte und kritisierte die schlechten Arbeitsbedingungen und forderte von der Politik umfangreiche Verbesserungen der Rahmenbedingungen, darunter:

- die bundesweite Abschaffung von Ausbildungsgebühren,
- die Schaffung eines von allen Pflegeeinrichtungen und -diensten finanzierten Ausbildungsfonds und
- die Wiedereinführung der vollständigen Förderung der dreijährigen Umschulung zur Pflegefachkraft.

### Positives Gutachten zur Bürgerversicherung

Sehr erkenntnisreich war der Vortrag von Professor Dr. Heinz Rothgang vom Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen. Er stellte ein im Auftrag der AWO erstelltes Gutachten zur Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege vor. Dieses kommt zum Ergebnis, dass die Beiträge zur Pflegeversicherung mit der Einführung einer Pflege-Bürgerversicherung langfristig bei 3,0 bis 3,2 Beitragssatzpunkten zu halten wären. In seinen Berechnungen hatte er bereits die demographische Entwicklung, die starken Ausgabensteigerungen durch dynamisierte Leistungen und die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sowie den abnehmenden „Bürgerversicherungseffekt“ berücksichtigt.

Nach der Mittagspause folgten unter anderem Beiträge zu den Themenkomplexen lokaler Hilfemix sowie Altenhilfe mit Quartiersbezug.

Die gut besuchte Konferenz war informativ und bot insbesondere eine gute Möglichkeit, die Kontakte des SoVD zur Abteilung Altenhilfe und Pflege beim AWO-Bundesverband zu intensivieren.



Foto: Gina Sanders/fotolia

Das Thema Pflege stand im Mittelpunkt der Sozialkonferenz der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

## SoVD im Gespräch

Mit Sachverstand und Nachdruck bringt der Sozialverband Deutschland (SoVD) sich in die politische Diskussion ein – und sorgt somit auf übergeordneter Ebene dafür, dass die Stimmen sozial Benachteiligter gehört und berücksichtigt werden. Das gilt besonders für die Interessen der Rentner, der gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 Berichte über die politische Arbeit in relevanten Gremien, über Gespräche mit Vertretern anderer Verbände, Institutionen und Interessensvertretungen.

Höhe der Ausgleichsabgabe wurde angepasst

## Kein politisches Signal

Mit 1. Januar hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Höhe der Ausgleichsabgabe neu bestimmt. Die Ausgleichsabgabe müssen private und öffentliche Arbeitgeber zahlen, wenn sie ihre gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nicht im geforderten Umfang erfüllen.

Das Gesetz sieht vor, dass Arbeitgeber, die jahresdurchschnittlich mindestens 20 Arbeitsplätze haben und davon nicht mindestens 5 Prozent mit schwerbehinderten Menschen besetzen, eine Abgabe zahlen müssen. Diese kommt wiederum Arbeitgebern zugute, die schwerbehinderte Menschen beschäftigen und dadurch Kosten, z. B. für behindertengerechte Ausstattung eines Arbeitsplatzes, haben. Das BMAS war laut § 77 Abs. 3 SGB IX verpflichtet, die Höhe der Ausgleichsabgabe zum 1. Januar anzupassen. Die Beträge seit 1. Januar lauten:

- Bei einer Beschäftigungsquote von drei bis unter 5 Prozent 115 Euro (bisher 105 Euro),
- bei einer Quote von zwei bis unter 3 Prozent 200 Euro (bisher 180 Euro) und
- bei einer Beschäftigungsquote von null bis 2 Prozent 290 Euro (bisher 260 Euro).

Da die Ausgleichsabgabe immer erst im Folgejahr (rückwirkend) erhoben wird, wird sich die Anhebung bei den Unternehmen erst im Jahr 2013 finanziell auswirken.

### Kein politisches Signal

Der SoVD sieht in der Anhebung der Ausgleichsabgabe nur eine rechnerische Anpassung, nicht aber eine politische Entscheidung der Bundesregierung. Der Verband spricht sich dafür aus, die Ausgleichs-



Foto: Studio DER/fotolia

Mit der Ausgleichsabgabe wird unter anderem die behindertengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen unterstützt.

abgabe für solche Arbeitgeber spürbar zu erhöhen, die ihre Beschäftigungspflicht über einen längeren Zeitraum gar nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang erfüllen. Dies würde die Anreiz- und Ausgleichsfunktion der Ausgleichsabgabe stärken und ein politisches Signal setzen; insbesondere gegenüber den mehr als 37000 Unternehmen, die trotz gesetzlicher Pflicht gar keinen schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Ein solches Signal setzt die Bundesregierung bisher nicht. Dies ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit unter Schwerbehinderten nicht verständlich. Behinderte haben vom Aufschwung der letzten zwei Jahre nicht profitiert. Im

Gegenteil: Ihre Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen – 2010 um 4,8 Prozent und 2011 nochmals um 2,8 Prozent!

Vor diesem Hintergrund fordert der SoVD ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung zur verbesserten beruflichen Teilhabe. Auch Veränderungen bei der Beschäftigungspflichtquote sind notwendig. Letztere muss wieder auf sechs Prozent erhöht werden, da die mit ihrer Absenkung verfolgten Ziele nicht erreicht wurden. Der SoVD appelliert an die Arbeitgeber, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und behinderten Menschen endlich gleichberechtigten Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung zu ermöglichen.

SoVD-Präsident in Jury

## Inklusionspreis 2012

Die Initiative des UnternehmensForums lobt auch 2012 wieder den Inklusionspreis aus. SoVD-Präsident Adolf Bauer wird sich als Jury-Mitglied einbringen.

Die Initiative steht unter Schirmherrschaft des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Hubert Hüppe. Prämiert werden Unternehmen, die 2011/2012 beispielhafte Projekte und Aktionen zur Einstellung und Ausbil-

dung von Menschen mit Behinderung, zur Weiterbeschäftigung von Mitarbeitern mit Tätigkeitseinschränkungen oder zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durchgeführt haben. Mit der Fachtagung „Inklusion – so geht’s“ am 16.

Februar in Ingelheim wird nicht nur der Startschuss für den Inklusionspreis gegeben, sondern auch für das Thema gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung sensibilisiert. Weitere Infos finden Sie auf [www.unternehmensforum.org](http://www.unternehmensforum.org).